

# Fach- sprachen

## Die Sprache des Rechts

Die heutige Form unserer Rechtssprache ist eine relativ junge Erscheinung der Neuzeit. Durch Rezeption und Übernahme des römischen Rechts zur Zeit des spätmittelalterlichen Humanismus bildete sich eine Fachsprache aus, welche die regional geprägte, volkstümliche »altdeutsche« Rechtssprache ersetzte. Diese war keine Fachsprache im engeren Sinn, sondern, wie Jacob Grimm sich in der Vorrede zu den *Deutschen Rechtsaltertümern* ausdrückt, »völlig vergleichbar der gemeinen volkssprache und den volksliedern«: Alliteration (Haus und Hof, Kind und Kegel, Bausch und Bogen), Reim (Dach und Fach, Rat und Tat, hegen und pflegen), Tautologie (sicher und gewiß, deutlich und verständlich, kurz und klein, Schutz und Schirm) u.a. sind »grundformen der alten rechtssprache«, die uns heute als Elemente der Gemeinsprache vertraut sind. Nicht nur im Formelwesen, auch auf der Ebene des Einzelworts erkennen wir, daß ursprünglich rechtssprachliche Begriffe wie *Sache*, *Kampf*, *Gnadenstoß*, *radebrechen*, *aufschieben* u.a. durch die Reform des Rechtswesens im 15./16. Jh. aus dem fachlichen Kontext ausgeschlossen wurden und mit erweiterter Bedeutung in die Allgemeinsprache eingeflossen sind. Daß es hierbei auch zu Vermischungen mit anderen Fachsprachen kam – das

ursprünglich rechtssprachliche »Hurenkind« etwa erhält sich in druckersprachlicher Bedeutung – sei nur am Rande vermerkt. Dieser Austausch erfolgte jedoch nicht vollständig, und Begriffe wie *ahnden*, *Bürge*, *Haft*, *Schöffe*, *Vollmacht* u.a. sind aus dem alten Rechtswesen übernommene Ausdrücke.

### Reagieren auf neue Entwicklungen

Diese historische Vergegenwärtigung der Rechtssprache führt zu einem Merkmal, das sie als dynamische Fachsprache ausweist. Was ursprünglich fachliche Terminologie war, verblaßt zu gemeinsprachlichem Wortschatz. Andererseits werden neue Begriffe, vor allem solche bildungssprachlicher Tradition, übernommen. Rechtssprache ist somit innovativ und konservativ, gegenwartsbezogen und archaisierend zugleich. Der *herrenlos umherfliegende Bienenschwarm* und *Computerkriminalität* z.B. sind beides in die sprachliche Form von Rechtsnormen gebrachte justitiable Sachverhalte.

Die Fachsprache des Rechts wird seit dem späten 17. Jh. unter dem Begriff Rechtssprache geführt und ist mit der lateinischen Erklärung »*termini juridici*« versehen. Sie steht unter dem Zwang, die komplexen Gegenstände des Rechtswesens eindeutig zu fassen und diese auch den Bürgern, zumindest den Betroffenen – von Fall zu Fall – zu vermitteln.

### Grenzüberschreitungen

Welche lexikalischen, syntaktischen und stilistischen Merkmale sind kennzeichnend? Hinsichtlich ihres Wortschatzes ist Rechtssprache nach drei Ebenen ge-

schichtet. Keine Fachsprache existiert ohne Nomenklatur, und diese lexikalische Ebene ist am wenigsten problematisch, weil sie von der Gemeinsprache am weitesten entfernt ist: *Nießbrauch*, *Er-sitzung*, *Einlassung*, *Erfolgsabwendungspflicht* gehören zum Justizwortschatz mit dem Kennzeichen, eindeutig bestimmt zu sein. Solch begrifflicher Präzision und semantischer Eindeutigkeit steht auf einer zweiten Ebene gewollte Vagheit gegenüber – im Rechtswesen unter dem Begriff der General-klausel gefaßt: *gute Sitten*, *Treu und Glauben*, *Verkehrssitte* sind semantisch bewußt offen gehaltene Begriffe; sie sollen im Sinn der Einzelfallgerechtigkeit den Anwendungsbereich dieser ethisch begründeten Verhaltensgrundsätze möglichst weit stecken. Zu solchen unbestimmten, z.T. normhaltigen Rechtsbegriffen zählen des weiteren Ausdrücke wie *wichtiger Kündigungsgrund*, *unzüchtig*, *Zuverlässigkeit*, *Sicherheit*, *ehrloser/unsittlicher Lebenswandel*. Solche Formeln sind Ausdruck des Bemühens, Recht und Gerechtigkeit zur Deckung zu bringen. Auf einer dritten Ebene, der der Umdeutung, wird Rechtssprache problematisch, weil ein gut Teil der rechtssprachlichen Terminologie Ausdrücke der Gemeinsprache verwendet, die sie mit neuem, engerem oder weiterem Inhalt füllt. Rechtssprache ist, wie jede Fach-

sprache, auf die Gemeinsprache angewiesen, und die Interdependenz zwischen beiden Teilsystemen ist allgemeines Kennzeichen: die rechtliche Unterscheidung des BGB etwa zwischen *Eigentümer* und *Besitzer* ist uns alltagssprachlich fremd, insofern wir diese Ausdrücke synonym gebrauchen. Ebenso verhält es sich mit rechtlich eindeutig definierten Begriffen aus dem Alltagswortschatz wie *Bescheid*, *Erklärung*, *Vertrag*, *Mord*, *Schuld* usw. Dabei ist dem Gesetzgeber offensichtlich der Konflikt der Vermittlung zwischen gemeinsprachlichem Ausdruck und fachsprachlichem Inhalt bewußt, und wir können Formulierungen wie *Sachen im Sinne des Gesetzes sind nur körperliche Gegenstände*, ebenso wie die Umbenennung von *elterliche Gewalt* in *elterliche Sorge* als Ausdruck von sprachkritischem Problembewußtsein werten, welches zudem die Anpassungsfähigkeit der Rechtssprache an gesellschaftliche und sprachliche Veränderungen belegt.

### Verständlichkeit als Maxime

Die Sprache des Rechts ist viel geschmäht, und »Juristendeutsch« wird in der Regel abwertend gebraucht. Das hat nur zu einem geringen Teil mit ihren oben skizzierten innersprachlichen Merkmalen zu tun. Eine Fachsprache ist dann ein Problem, wenn Nichtfachleute in Fachkommunikation einbezogen sind. Wohl kaum eine andere Fachsprache ist so eingebunden in die »Laien-kommunikation« wie die des Rechtswesens. Wo immer über juristische Fachsprache nachgedacht wird, geht es recht bald um das Thema »Verständlichkeit«. Seit dem 18. Jh. ist sie Gegenstand kritischer Nachprüfung. Das für



seine Zeit äußerst liberale Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 wurde nach dem Konzept der Verständlichkeit verfaßt, und Justus Möser stellt fest: »Es ist grausam, einen Menschen nach einem Gesetz zu verurteilen, das er nicht versteht«. Die hier reklamierte Verständlichkeit hat Gründe: Gegenstand und Aufgabe des Rechtswesens sind nichtfachlicher Natur. Man denke etwa an das bürgerliche Gesetzbuch, das mit seinem Aufbau (Allgemeiner Teil, Recht der Schuldverhältnisse, Sachenrecht, Familienrecht, Erbrecht) unsere alltägliche praktische Lebenswirklichkeit widerspiegeln sucht. Aufgabe des Rechtswesens ist es vor allem, Konflikte unseres Alltagslebens zu regeln und das heißt, zwischen dem juristischen Laien und dem »Befugten«, das ist der professionelle Rechtsanwender bzw. -ausleger, zu vermitteln. Dies zwingt zu sprachlicher Öffnung. Deshalb hat sich das Gesetz selbst gemeinsprachliche Transparenz als Gebot der Verständlichkeit auferlegt, wie die zahlreichen auch sprachlichen Überarbeitungen des BGB belegen. Und wenn die Geschäftsordnung der Bundesministerien bestimmt, »Gesetze müssen sprachlich einwandfrei und sollen soweit wie möglich für jedermann verständlich gefaßt sein«, wenn außerdem die Gesellschaft für Deutsche Sprache beim Deutschen Bundestag einen Redaktionsstab unterhält, so können wir darin verständnissichernde Bemühungen um eine moderne Rechtssprache erkennen: *Frauensperson*, *Terminbestimmung* und *Mäkler* wiegen dann vielleicht weniger schwer als die Umbenennung von *Gewalt* in *Sorge*. »Juristendeutsch« – über dieses Schmähwort sollte öfter verhandelt werden.

Heidrun Kämper-Jensen